

## **Beschluss**

### **Verwaltungsmodernisierung weiter notwendig**

Nach der Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes zum „Verwaltungsmodernisierungsgesetz“ bekräftigt der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern die Auffassung, dass im Land eine Verwaltungsmodernisierung in der Einheit von Funktional- und Strukturreform notwendig ist und zügig umgesetzt werden muss.

Mit dem Urteil des Landesverfassungsgerichts wurde die Notwendigkeit einer Verwaltungsmodernisierung nicht in Frage gestellt, jedoch wurden Schwerpunktsetzung, Herangehensweise und wesentliche Ergebnisse des Gesetzgebungsverfahrens kritisiert und zurück gewiesen.

Zahlreiche der genannten Kritikpunkte wurden auch von der damaligen Linkspartei.PDS im Gesetzgebungsverfahren benannt, jedoch vom Koalitionspartner SPD nicht angenommen. Es ist uns nicht in ausreichendem Maße gelungen, einen solchen Druck zu entwickeln, der im Ergebnis zu einem vollständig verfassungsgemäßen Gesetz und Verfahren geführt hat.

Bedauerlich ist, dass durch den Urteilsspruch nun im Land weitere Verwaltungsstrukturen Bestand haben, die zu Doppelungen und Effektivitätsverlusten führen.

Aufgaben- und Personalübertragungen von der Landes- auf die Kommunalebene sind im Moment nur in eingeschränktem Maße möglich.

Die auf Initiative der Gewerkschaften entwickelten und von der damaligen Linkspartei.PDS beförderten Vorschläge für einen sozialverträglichen Personalabbau drohen auf Grund des Zeitfensters zu scheitern.

Der Druck des Innenministeriums auf Landkreise und Kreisfreie Städte hinsichtlich ihrer finanziellen Situation bleibt bestehen, Zwangsverwaltungen der Kreisfreien Städte drohen. Neue Debatten über undemokratische Eingemeindungen der Kommunen in den sogenannten „Speckgürteln“ haben bereits begonnen.

Der Weg zu einer modernen, bürgerfreundlichen und effizienten Dienstleistungsverwaltung wird verzögert.

Die Entscheidung der rot-schwarzen Landesregierung, das Verwaltungsmodernisierungsgesetz erst bis 2011 zu überarbeiten, bedeutet, dass eine vollständige Verwaltungsreform erst mit der Kommunalwahl 2014 möglich wird.

Wir werden die Kritikpunkte des Urteils des Landesverfassungsgerichtes nun umgehend und intensiv prüfen und für uns entsprechende Handlungsoptionen daraus ableiten. Diese Aufgabe ist vor allem von der Fraktion DIE LINKE. im Landtag, der LAG „Kommunalpolitik“ und dem „kommunalpolitischen forum“ zu bewältigen.

Aus Sicht der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern muss es darum gehen, zügig solche Strukturen zu errichten , die es ermöglichen, dort - wo die Bürgerinnen und Bürger wohnen, arbeiten, einkaufen, Freizeit verbringen , Politik gestalten - also in den Städten und Gemeinden, mehr Kompetenzen, Entscheidungsfreiheiten und Handlungsspielräume sicher zu stellen. Kommunalpolitik muss „vor der Haustür“ erlebbar und erreichbar sein, so entsteht und lebt „Demokratie von unten“.

Mehrfachzuständigkeiten und Mehrfachverantwortlichkeiten müssen konsequent abgebaut werden. Die im Zusammenhang mit dem ursprünglichen Gesetz gefundenen Regelungen für einen sozialverträglichen Personalabbau sind dabei beizubehalten.

Hinsichtlich der zu erwartenden Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen setzt sich die LINKE weiter für eine umfassende Gemeindefinanzreform und die Verankerung des Konnexitätsprinzips in das Grundgesetz ein und fordert von der Landesregierung entsprechende Schritte auf Bundesebene.

Aus Sicht der LINKEN ist ein Festhalten an den bisherigen Strukturen der Landkreise nicht zukunftsfähig. In der Debatte über künftige Zuschnitte und Größen von Landkreisen sind wirtschaftliche und raumordnerische Zusammenhänge ebenso zu beachten wie die Kommunale Selbstverwaltung, Kooperationen und Verflechtungen, die in zurückliegenden Jahren in den Regionen entstanden sind. Die Zerschneidung jetziger Landkreise und Aufteilung auf neue Strukturen scheint wenig sinnvoll.

Über die bislang im ursprünglichen Gesetz vorgeschlagenen Regelungen zum kommunalpolitischen Ehrenamt sind solche Ehrenamtsregelungen - einschließlich der Vergütung der ehrenamtlichen Tätigkeit - zu finden, die es allen Interessierten ermöglichen, Demokratie mitzugestalten. Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern bedauert daher, dass jüngste Vorschläge der Fraktion DIE LINKE. im Landtag zur steuerrechtlichen Besserstellung des kommunalen Ehrenamts von den Koalitionsfraktionen abgelehnt wurden.

Um zu einer tragfähigen Reform und Modernisierung der Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern zu gelangen, wird die LINKE wie in der Vergangenheit die Kooperation mit allen am Verfahren beteiligten Ebenen und Interessenvertretungen suchen.